



UMWELTALLIANZ HESSEN - Bündnis für nachhaltige Standortpolitik

Oktober 2006

Kommunen ● EcoStep ● Projektgruppe Clustermanagement ● EcoKlar ● Projektgruppe Zusammenarbeit mit den Kommunen ● EcoDialog



KOMMUNEN IN DER UMWELTALLIANZ HESSEN

EDITORIAL

Erstes Mitglied: die Gemeinde Riedstadt

Nachdem die Kommunalen Spitzenverbände im Land Hessen ihren Beitritt zur Umweltallianz Hessen erklärt haben, ist die südhessische Gemeinde Riedstadt als erste hessische Kommune selbstständiges Mitglied der Umweltallianz Hessen geworden. Umweltstaatssekretär Karl-Winfried Seif übergab am 5. Juli 2006 höchstpersönlich in Ried-

register der IHK Darmstadt wurde am 31.1.2001 vollzogen. Ein Teil der Validierung war damals die Erstellung und Veröffentlichung der ersten Umweltklärung 2000. In dieser Erklärung wurden von der Gemeinde Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes beschrieben. Im Rahmen der Fortführung dieses Prozesses hat die Gemeinde die ersten vereinfachten Umwelterklärungen in den zwei Folgejahren veröffentlicht und 2003 wie 2005 die genannten Standorte wiederholt von einem unabhängigen Gutachter va-

Nachhaltigkeitsbericht 2003, der im Rahmen der kommunalen Agenda 21 erarbeitet worden ist, beigefügt.

Dieser Nachhaltigkeitsbericht ist das Ergebnis des Beschlusses der Gemeindevertretung, ein Indikatoren-system einzuführen, das auf einer Indikatoren-liste basiert, die in der Workshopreihe „Nachhaltigkeits-Indikatoren“ erarbeitet und vom Perspektivenausschuss verabschiedet worden ist. Im November 2000 verabschiedete die Gemeindevertretung die „Riedstädter Agenda 21“, das erste umfassende kommunale Handlungsprogramm für eine nachhaltige Entwicklung der Gemeinde. Angesichts der Fülle der Ziele bestand die Notwendigkeit der Prioritätensetzung im weiteren Verlauf ihrer Umsetzung. Ferner bestand der Bedarf, diese Ziele weiter zu konkretisieren und überprüfbar zu machen. Mit der Erarbeitung von Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung ist diesen Erfordernissen nachgekommen worden. Hierzu wurde in Workshops eine Auswahl entsprechender Indikatoren vorgenommen und eine Einigung über ein Gesamtset erzielt. Im Rahmen der universitär-kommunalen Partnerschaft mit der TU Darmstadt wurden hierzu im Vorfeld eine Studienarbeit sowie ein Forschungsprojekt bearbeitet. Das Ergebnis der Studienarbeit war ein Set von Nachhaltigkeitsindikatoren, mit dessen Hilfe die Oberziele der Riedstädter Agenda 21 abgebildet werden sollten. Die Workshop-Reihe bestand aus vier Veranstaltungen, in denen mehrere Arbeitsschritte vollzogen wurden und zum Abschluss die Endauswahl von Indikatoren zur Weitergabe an die Gemeindevertretung zum Zwecke der Beschlussfassung vorgelegt wurde.



v.l.n.r. Umweltstaatssekretär Karl-Winfried Seif und Bürgermeister Gerald Kummer

stadt die Mitgliedsurkunde an Herrn Bürgermeister Gerald Kummer.

Den „Eintritt“ in die Umweltallianz Hessen hat Riedstadt mit Leichtigkeit geschafft, und zwar mit zwei besonderen Leistungen, wovon jede einzelne bereits ausgereicht hätte: Sie hatte schon im Dezember 2000 die Standorte Verwaltung (Rathaus), Bauhof sowie Abwasserbeseitigung und Energieerzeugung erstmals von einem unabhängigen Gutachter nach EG-Ökoauditverordnung validieren lassen. Die Eintragung in das Standort-

register lassen.

Unter dem Slogan „Vorreiter zeigen Flagge“ hat sich die Gemeinde an der bundesweiten Aktion „10 Jahre EMAS“ beteiligt und sich damit als Vorbild nicht nur für andere Städte und Gemeinden dargestellt, sondern auch für Betriebe, die in den hessischen Kommunen beheimatet sind. Durch ihr Beispiel will die Gemeinde auch Unternehmen animieren, sich nach EMAS Zertifizierung zu lassen. Wirtschaftlich zahlt es sich aus, hinzu kommt der Imagegewinn.

Mit dieser Einführung und Aufrechterhaltung eines Umweltmanagementsystems nach EMAS hat die Gemeinde Riedstadt eine Anforderung erfüllt, die für sich alleine bereits zur Teilnahme an der Umweltallianz Hessen berechtigt. Sie hat aber noch etwas draufgesetzt und ihrem Aufnahmeantrag den

Dieser Nachhaltigkeitsbericht ist - und darauf kommt es für die Mitgliedschaft in der Umweltallianz Hessen an - nicht eine einmalige Angelegenheit, sondern er ist alle zwei Jahre wieder vorzulegen um die Nachhaltigkeit des Handelns der Gemeinde im Sinne der Agenda 21 zu belegen.

Mit ihren vielfältigen Aktivitäten im Rahmen der Agenda 21, die hier gar nicht alle aufgeführt werden können, hat die Gemeinde Riedstadt mit ihren rund 21.600 Einwohnern nicht nur die Mitgliedschaft in der Umweltallianz Hessen erworben, sondern bereits auch viele andere Anerkennungen: So ist sie in der Teilnehmerklasse zwischen 15.000 und 100.000 Einwohnern Siegerin des bundesweiten Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ 2003/2004 geworden.



Liebe Leserin, lieber Leser,

Nach 5 Jahren Umweltallianz Hessen sind die Kommunen dabei. Am 20. Mai 2005 haben die Kommunalen Spitzenverbände in Hessen, der Hessische Landkreistag, der Hessische Städtetag und der Hessische Städte- und Gemeindebund, dem ich als Präsident vorstehe, den Beitritt zur Umweltallianz Hessen unterzeichnet. Dies nicht nur in der Erwartung, dass im Rahmen dieser Allianz Reibungsverluste zwischen der Wirtschaft und den Behörden minimiert werden können, sondern auch Reibungsverluste zwischen staatlichen Behörden und den Kommunen, die wiederum die Wirtschaft belasten. Seit jeher betreiben die Kommunen eine aktive Gewerbeförderung und sorgen für eine Verbesserung der Umwelt, sehen sich oft aber behindert durch staatliche Vorgaben, die manches Verfahren erheblich belasten und verzögern können. Da die Kommunen in der Regel die ersten Ansprechpartner für Ansiedlungswillige sind, werden ihnen oft auch Erschwernisse zur Last gelegt, die sich im Verfahren zeigen - ohne diese Erschwernisse allerdings selbst verursacht zu haben. Eine aktive Bürgergesellschaft kann sich nur entwickeln im gemeinsamen Miteinander und dazu bedarf es einer Plattform, die vertrauensvolle Gespräche unter den Betroffenen ermöglicht. Ich bin überzeugt, dass im Rahmen der nunmehr um die Kommunen erweiterten Umweltallianz Hessen allen Beteiligten die Möglichkeit gegeben ist, dazu beizutragen, dass nicht nur im Interesse der Umwelt die notwendigen Verwaltungsverfahren vereinfacht werden, die Kommunikation untereinander verbessert und damit das gegenseitige Vertrauen gestärkt wird. Ich hoffe sehr, dass deshalb neben neuen Betrieben der Wirtschaft auch viele Städte und Gemeinden, so wie als erste die Gemeinde Riedstadt, aktive Mitglieder der Umweltallianz Hessen werden.

B. Brehl

Bernhard Brehl
Präsident des
Hessischen Städte- und Gemeindebundes

Als zweite Kommune ist die Kreisstadt Erbach im Odenwald, Elfenbeinstadt und anerkannter Luftkurort, der Umweltallianz Hessen beigetreten. Die Mitgliedsurkunde weist als Leistungen insbesondere Energieeinsparungsmaßnahmen und die Abfallreduzierung, dargestellt im Umweltprogramm der Kreisstadt Erbach aus. Dieses ist im Rahmen eines OEKOPROFIT-Projektes im Zusammenhang mit Agenda-21-Aktivitäten entstanden.

Was kann Städte und Gemeinden dazu bewegen, Mitglied in der Umweltallianz Hessen zu werden?

Die Kommunen stehen nicht in Konkurrenz zueinander wie Wirtschaftsbetriebe, die um Kundenschaft werben müssen. Bei ihnen kommt es also nicht darauf an, ihr Umweltbewusstsein neben der Qualität ihrer Produkte in das öffentliche Bewusstsein zu bringen um am Markt besser dazustehen als andere Anbieter. Sie haben auch keine Vorteile zu erwarten in Bezug auf Kontrollen und Überwachungsmaßnahmen von Umweltbehörden, auch wenn sie durchaus derartigen Maßnahmen, beispielsweise im Bereich der Abwasserentsorgung unterliegen. Ein nachvollziehbarer vernünftiger Grund für Kommunen, sich der Kooperation anzuschließen, ist also vordergründig nicht erkennbar. Auch sind die Leistungen, die die beiden genannten Kommunen im Rahmen ihres Aufnahmeantrages vorgestellt haben, keineswegs erbracht worden, um der Umweltallianz Hessen beitreten zu können, die vorgestellten Umweltaktivitäten sind im wesentlichen im Rahmen der Kommunalen Agenda 21 entwickelt worden. Viele andere Städte und Gemeinden im Land Hessen haben ähnliche Leistungen und Projekte vorzuweisen ohne bislang darüber nachgedacht zu haben einen Aufnahmeantrag zu stellen. Gewiss liegt auch ein Prestigege Gewinn darin, das Logo der Umweltallianz Hessen im Briefkopf führen zu können und damit nach außen kund zu tun, dass man sich mit umweltbezogenen Fragen, Möglichkeiten der Energieeinsparung und der Reduzierung von Umweltbelastungen befasst. Dieses war aber sicherlich nicht der Antrieb der oben vorgestellten Kommunen. Vielmehr ging es ihnen darum, die Vorbildfunktion wahrzunehmen, die gerade öffentliche Körperschaften haben und ein Beispiel für ihre Bürger und für die in ihrem Gebiet tätigen Betriebe zu geben.

Daneben steht die Erwartung, die gerade bearbeiteten Themen am Leben zu erhalten, damit sie nicht im Ablauf der täglichen Geschäfte untergehen. Der Erwerb der Mitgliedschaft in der Umweltallianz Hessen bringt

sozusagen eine gewisse Selbstverpflichtung und erzielt eine Bewusstseinsförderung für die Probleme, deren Bewältigung nicht unbedingt zu den Pflichtaufgaben der Kommunalverwaltung zählt. Auch im politischen Geschäft drohen manche Aktivitäten sich als „Strohfeuer“ darzustellen, die zwar kurzfristig große Aufmerksamkeit erregen, aber nicht nachhaltig wirken. Im Sinne der gewünschten Nachhaltigkeit ist die Beteiligung einer Kommune an der Umweltallianz Hessen hilfreich.

Auch erwarten die teilnehmenden Kommunen eine gewisse Hilfe bei der Bewältigung umweltbezogener Probleme von anderen Mitgliedern der Kooperation, seien es Mitglieder aus dem kommunalen Bereich aber auch aus dem Bereich der Wirtschaft. Diese Hilfe kann durchaus gewährt werden durch einen Wissenstransfer, aber auch durch Ver-

ständnis für gewisse Sachzwänge, denen die öffentlichen Körperschaften oftmals unterliegen. Im Gespräch miteinander lassen sich viele Probleme leichter bereinigen und einer Lösung zuführen ohne dabei gesetzte Regeln des Rechts verletzen zu müssen, wenn die Gespräche in einem vorgegebenen, gesicherten Rahmen geführt werden können.

Nach dem Beitritt der Kommunalen Spitzenverbände zur Umweltallianz Hessen sind die hier wiedergegebenen Aufnahmekriterien für die Teilnahme der Kommunen an der Umweltallianz Hessen gemeinsam entwickelt und vom Koordinierungskreis beschlossen worden.

Diese Kriterien zeigen, dass dem Eintritt von Städten und Gemeinden in die Umweltallianz Hessen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten ent-

gegenstehen, andererseits die von ihnen geforderten Leistungen mit den Leistungen vergleichbar sind, die von Betrieben der Wirtschaft oder des Handwerks erwartet werden, die um Aufnahme nachsuchen.

Mit der Konkretisierung dieser Aufnahmekriterien wird den hessischen Städten und Gemeinden die Möglichkeit gegeben, eigenständig zu prüfen, ob die bereits erbrachten Leistungen im Bereich des Umweltschutzes, der Energieeinsparung etc. ausreichen, um einen Mitgliedsantrag begründen zu können. Auch finden sich hierin Beispiele, wie die wenigen Kommunen, die in Bezug auf den vorgestellten Leistungskatalog noch nichts vorzuweisen hätten, sich die „Eintrittskarte“ zur Umweltallianz Hessen beschaffen können.

Bereits schon in der ersten Phase der Umweltallianz Hessen gab es Mitgliedschaften aus dem kommunalen Bereich: Die selbstständigen Betriebe in kommunaler Hand konnten die Mitgliedschaft erwerben. So finden sich beispielsweise die Stadtwerke Gießen und Viernheim, die Energie und Versorgung Butzbach GmbH, das Kreis- und Stadtkrankenhaus Witzenhausen, die EVO Offenbach und die ESWE Wiesbaden auf der Mitgliederliste der Umweltallianz Hessen ebenso wie das DADI-Werk des Landkreises Darmstadt-Dieburg, der Wasserverband Gruppenwasserwerk Fritzlar-Homburg und die KVV, Kasseler Verkehrs- und Versorgungs GmbH.

Die Kommunalen Spitzenverbände werden auch weiterhin intensiv bei ihren Mitgliedern dafür werben, der Umweltallianz Hessen beizutreten. Darüber hinaus sind sie bereits in verschiedenen Projektgruppen engagiert und befassen sich dort mit übergeordneten Problemstellungen. Bereits in der Anfangsphase ihrer Mitwirkung zeigt sich, dass manche Hindernisse im Ablauf von Verwaltungsverfahren, die zunächst bei den beteiligten Kommunen ausgemacht worden sind, ihren Ursprung nicht dort haben sondern bei anderen am Verfahren beteiligten Stellen zu suchen sind. Auch ein derartiges Ergebnis zeigt, wie wichtig die Gespräche miteinander sind um Hemmnisse in Verfahrensabläufen zu identifizieren, sie sodann zu lokalisieren und am Ende möglichst zu beseitigen. In diesem Sinne wird der um die Kommunen erweiterten Umweltallianz Hessen noch ein weites Arbeitsfeld zur Verfügung stehen das es zu beackern gilt.

Wolfgang Fabry

Die Aufnahmekriterien für Kommunen

I. Grundsätzlich gilt, dass

1. **Eigenwirtschaftsbetriebe der Kommunen sowie kommunale Zweckverbände bei den Aufnahmekriterien für die Umweltallianz Hessen den Unternehmen gleichgestellt werden.**
2. **Leistungen zeitnah erbracht sein sollen oder für einen bestimmten Zeitraum fest geplant sind. In der Vergangenheit erbrachte Leistungen können anerkannt werden, wenn sie – der Bedeutung der Leistung angemessen – nicht zu lange zurück liegen und eine dauerhafte positive Umweltwirkung damit erzielt wird. Der Zeitpunkt der Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung ist kein Fixpunkt, d.h. adäquate Leistungen können auch vorher erbracht worden sein.**
3. **die angebotenen Leistungen entsprechend der finanziellen und personellen Leistungsfähigkeit des Antragstellers beurteilt werden.**

II. Teilnahmekriterien gemäß Rahmenvereinbarung der Umweltallianz Hessen

1. **Erstellung und Umsetzung von Konzepten, die den Zielen der Umweltallianz Hessen entsprechen**
2. **Aktive Mitgliedschaft in Zusammenschlüssen von Unternehmen, die Ziele der Umweltallianz Hessen umsetzen**
3. **Einführung oder Aufrechterhaltung**
 - eines Umweltmanagementsystems nach EMAS oder ISO 14001
 - des von der Umweltallianz Hessen entwickelten integrierten Managementsystems für KMU - EcoStep
 - eines umweltorientierten Unternehmensführungs- oder Managementsystems, das an die Gegebenheiten des Betriebes, z.B. in der Landwirtschaft angepasst ist. Dabei bilden ein Kernstück die erklärte Selbstverpflichtung des Unternehmens für ein internes Audit
4. **Erfolgreiche Teilnahme an EcoBest - dem Benchmarking-Projekt der Umweltallianz Hessen (Kennzahlen des Unternehmens liegen bei 60 % der Kriterien im oberen Drittel)**
5. **Wesentliche freiwillige Beiträge zur Ressourcenschonung, wie z.B.**
 - Minderung der CO₂-Emissionen und/oder anderer klimaschädlicher Gase,
 - Erhöhung des Einsatzes nachwachsender Rohstoffe
 - Reduzierung, Substitution bzw. Optimierung des betrieblichen Einsatzes umweltgefährdender Stoffe entsprechend wissenschaftlicher Erkenntnisse, sofern kein Sicherheitsmanagement möglich und realisiert ist
 - Verbesserung des Immissionsschutzes, des Gewässerschutzes, des Naturschutzes oder des Bodenschutzes
 - Energieeinsparungen
 - Lärmvermeidung

III. Ziele und Leistungen der Städte, Gemeinden und Landkreise sowie ihrer Spitzenverbände im Rahmen der Umweltallianz Hessen gemäß Rahmenvereinbarung der Umweltallianz Hessen

Mit zunehmendem Wettbewerb um die besten Wirtschaftsregionen sind auch die Kommunen aufgefordert, ihre Strukturen schlank, effizient und kundennah auszurichten, um den Standort Hessen attraktiv zu gestalten. Dabei stehen eine gute Erreichbarkeit der Verwaltungen, kundenfreundliche Öffnungszeiten und kompetente und freundliche Mitarbeiter im Vordergrund des allgemeinen Interesses.

Ziel ist es, die kommunalen Verwaltungen als moderne Dienstleistungsunternehmen zu organisieren, Aufgaben zusammenzufassen, Hierarchieebenen zu verringern und die Verwaltung insgesamt überschaubarer zu gestalten. Unternehmer sollen schnell geeignete Ansprechpartner für die Lösung ihrer Probleme finden.

Im Rahmen der Umweltallianz Hessen soll gerade kleinen und mittelständischen Unternehmen eine Plattform gegeben werden, Probleme in der Zusammenarbeit vortragen zu können, um gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden und den betroffenen Kommunen praktikable Lösungen zu erarbeiten. Dies kann in Form einer Klärungsstelle erfolgen.

Die Kommunalen Spitzenverbände verpflichten sich darauf hinzuwirken, dass Ergebnisse der Umweltallianz Hessen von ihren Mitgliedern umgesetzt werden.

Es sollen gemeinsame Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt werden, in denen partnerschaftliches Verwaltungshandeln einen Schwerpunkt bildet. Kommunale Betriebe können als Mitglied der Umweltallianz Hessen Vorbildfunktion wahrnehmen.

Die Kommunalen Spitzenverbände wirken darauf hin, dass Entscheidungsvorgänge in den Kommunen inhaltlich und vom Verfahren her transparent gestaltet und die Öffentlichkeitsarbeit verbessert wird.

Die kommunalen Spitzenverbände werben dafür, dass interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Unternehmen die Gelegenheit erhalten, die interne Arbeitsweise von Städten, Gemeinden und Landkreisen näher kennen zu lernen.

Im Rahmen der Umweltallianz Hessen sollen die Themenfelder Abfall, Bauleitplanung, Naturschutz, Wasser, Abwasser und Mustersatzungen sowie weiche Standortfaktoren wie z.B. urbane innerstädtische Standorte für Wohnen, Arbeiten und Natur bearbeitet und gemeinsame Lösungen den Kommunen zur Umsetzung empfohlen werden.

Die teilnehmenden Kommunen verpflichten sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Ziele der Umweltallianz Hessen umzusetzen, indem sie anstelle eigener Überwachungen bereits erfolgte staatliche oder betriebliche Kontrollen anerkennen. Durch stärkere Anerkennung der Eigenverantwortung der Unternehmen können Überwachungen gebündelt und reduziert werden. Bei Ermessensentscheidungen werden die äquivalenten freiwilligen Leistungen von Unternehmen als Teilnehmer der Umweltallianz Hessen berücksichtigt.

Die wirtschaftlichen Folgen kommunaler Satzungen werden sorgfältig abgeschätzt und bei der Festlegung ihrer Inhalte einbezogen. Die Wirtschaft ist frühzeitig in die Verfahren einzubeziehen.

IV. Beispielsweise berechtigten folgende Maßnahmen der Kommunen zur Mitgliedschaft in der Umweltallianz Hessen:

1. **Kommunale Programme zur Wärmedämmung bzw. Solaranlagenförderung (kommunale Liegenschaften, private Liegenschaften)**
2. **Maßnahmen zur Mobilitätsoptimierung, wie z.B. Einführung und Unterstützung von kommunalen Verkehrsmitteln mit individuellen Fahrplänen als Ergänzung zum ÖPNV**
3. **Projekte zum Schutz und zur Renaturierung von wertvollen Landschaftsbestandteilen**
4. **Projekte zur Mülltrennung und Abfallvermeidung**
5. **Besondere Berücksichtigung von Umweltschutzaspekten z.B. in den Themenfeldern Bodenschutz/Flächeninanspruchnahme, Ver- und Entsorgung oder Infrastruktur bei der Aufstellung von Bebauungsplänen.**
6. **Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Mitgliedschaft im KLIMA-BÜNDNIS - ALIANZA DEL CLIMA e. V.**